

Somit kann zwar festgehalten werden, dass Mill sich für eine Erweiterung der Partizipation auf lokaler Ebene stark macht. Diese befürwortet er jedoch gerade aufgrund der Beschränkung ihrer Auswirkungen auf im Lokalen, sodass sie nicht die Ordnung auf nationaler Ebene gefährden können. Der Zuwachs an Partizipation in den lokalen politischen Institutionen wird aus Sicht der »unteren Klassen« auf diese Weise mit dem Verlust des Anspruchs auf Effektivität derselben bei großen Fragen von nationaler Relevanz konterkariert. Mill erhofft sich außerdem, dass die im Partizipationsprozess geläuterten Bürgerinnen und Bürger einsehen, wie voraussetzungsvoll die Teilnahme an politischen Entscheidungen ist und diese dementsprechend bereitwillig denjenigen überlassen, die Mill als kultiviert und gebildet beschreibt. Wie Krouse zusammenfasst, würde eine »radical theory of representative democracy« (Krouse 1982: 531) dagegen danach streben, die Partizipation auf lokaler *und* nationaler Ebene zu maximieren, was auf letzterer eine stärkere Mandatsbindung zur Folge haben müsste. Die von Mill favorisierte Lösung laufe hingegen darauf hinaus, ein starkes *trustee*-Konzept auf nationaler Ebene mit einer größeren Partizipationszusage auf der politisch weniger bedeutenden kommunalen Ebene zu erkaufen (vgl. ebd.: 531).

## 7 Zwischenfazit

Anders als Tocqueville, der seinen Begriff der liberalen Demokratie noch aus den USA importieren musste, konnte Mill bereits auf jahrelange Auseinandersetzungen um Begriff und Praxis der Demokratie zurückgreifen. Er erlebte die erste Hochphase der Industrialisierung in deren Vorreiterland Großbritannien ebenso wie erste Formen einer organisierten Arbeiterbewegung. Vor diesem Hintergrund stellte sich für ihn die Aufgabe, wie Macpherson (1983: 19) es formuliert hat, eine Form von Demokratie zu entwickeln, die in der Lage sei, die in Klassen gesplante Gesellschaft zu regieren und dabei den sozialen Frieden zu erhalten. Seine Umsetzung der Leitidee der defensiven Demokratisierung bedeutete für ihn letztendlich eine Abkehr vom Begriff der Demokratie, wie ihn die *radicals* um Bentham und Mills Vater James vertraten. Inspiriert von Tocqueville spricht Mill stattdessen von einer »modifizierten« Form der Demokratie, die eine Reihe von institutionellen Elementen enthält, die die effektive Partizipation der »unteren Klassen« einschränken. Dennoch ist er wie Tocqueville überzeugt davon, dass die Demokratisierung einen entwicklungshistorischen Meilenstein markiert, hinter den es keinen Weg zurück mehr geben könne. Im Gegensatz zu Tocqueville weisen jedoch die Elemente seiner Institutionenpolitik keinerlei positiven Bezüge auf das aristokratische Zeitalter auf. Mill wendet die liberale Demokratietheorie mitsamt ihren Einschränkungen damit gen Zukunft: An die Stelle des bei Tocqueville noch vorhandenen Nachtrauerns gegenüber dem aristokratischen Zeitalter ist Mills »aristokratischer Liberalismus« (Kahan 1992) voll und

ganz auf die Errichtung einer Regierung durch an Bildungsqualifikationen überlegene bürgerliche Eliten ausgerichtet.

Die Grundbewegung von Mills politischem Denken ist von der Auffassung geprägt, dass der progressive Wandel unaufhaltbar sei und eine demokratische (sowie in seinem Spätwerk auch eine sozialistische) Zukunft sich durchsetzen werde, auch wenn die gegenwärtige Gesellschaft längst noch nicht reif dafür sei. Auf dem Weg zu der Idealvorstellung, um den Wandel zu befördern und zu verhindern, dass er gegenteilige Effekte erzeugt, müsse für *Bildung* gesorgt werden. Diese steht im Zentrum von Mills Gesellschaftstheorie: sowohl als zu erstrebendes Ziel für alle Bürgerinnen und Bürger, dem er positiv und in Blick auf die Zukunft hoffnungsvoll entgegenblickt, aber eben auch als Kriterium für die paternalistische Einschränkung von Partizipation. Wenn etwa die Arbeiterinnen und Arbeiter noch nicht den Bildungsgrad erreicht haben, den Mill für ihre politische Selbstorganisation als notwendig erachtet, zögert er nicht, ihnen diese Rechte zu entziehen und sie mit der Aussicht auf die Verwirklichung ihrer Ziele in ferner Zukunft zu trösten. Bildung wirkt bei Mill einerseits als inkludierendes Element, indem zunehmende Bildung für die gesellschaftliche Entwicklung sowie für Einzelne zu mehr Partizipationsmöglichkeiten führt. Andererseits hat sie aber auch als Kriterium für Partizipation einen exkludierenden Charakter, wenn etwa eine Person oder eine ganze Klasse dieses verfehlt. Der Bildungsbegriff von Mill weist so einen Doppelcharakter auf: Auf der einen Seite steht Bildung als Prozess und allgemeines Entwicklungsziel, auf der anderen als Kriterium für die Entscheidung, inwieweit den Einzelnen oder bestimmten Gruppen und Klassen effektive politische Partizipation ermöglicht werden soll. Sein Ziel, der Gesellschaft zu möglichst umfassender moralischer Vervollkommenung (oder auch: *Bildung*) zu verhelfen, hat dabei den Effekt, bei der von Mill geplanten Verwirklichung die Gesellschaft in zwei ungleiche Teile aufzuspalten – die wenigen Gebildeten und die zahlreichen Ungebildeten. Auch wenn Mill meistens von dem Mangel an Bildung spricht, ist es praktisch die Klassenzugehörigkeit, die für ihn darüber entscheidet, welche Partizipationschancen bestimmten Personen oder Klassen eingeräumt werden sollen. Denn insbesondere die arbeitenden Klassen sind für Mill weder »reif« für die Demokratie noch für den Sozialismus, da er ihren Bildungsstand als minderwertig wahrnimmt.<sup>173</sup> Sie werden daher trotz der Gewährung einiger wichtiger Partizipationsrechte (etwa auf der kommunalen Ebene) stärker als vermeintlich gebildete bürgerliche und adelige Klassen in ihren Möglichkeiten effektiver politischer Partizipation eingeschränkt.

Da die Forderungen der arbeitenden Klassen dem Erreichen des Ideals seiner Ansicht nach oftmals entgegenstehen, legt er die Verwirklichung nicht mehr in die

173 Dass Mill überhaupt eine so scharfe Trennung dieser Begriffe vornimmt, zeigt seine Nähe zum Programm Tocquevilles.

Hand der handelnden Akteure, stattdessen wird sie einem von ihm antizipierten zukünftigen Lauf der Geschichte überlassen. In Bezug auf seine positiven Äußerungen zum Sozialismus im Spätwerk ist das besonders folgenreich, da Mill gerade der gesellschaftlichen Trägerklasse sozialistischen Gedankenguts und dessen politischer Umsetzung möglichst viele institutionelle Hürden zur Umsetzung ihrer Vorstellungen in den Weg stellen will. Das bleibt nicht ohne Folgen für Mills Selbsteinordnung als »Sozialisten«: Verglichen mit den politischen und sozialen Forderungen, mit denen er seinerzeit die Politik konfrontiert sah, stehen seine Entwürfe politischer Institutionen den politischen Bestrebungen zu dessen Verwirklichung entgegen. Wenn man trotzdem seinem Beteuern, sich solidarisch mit der sozialistischen Bewegung zu verhalten, Glauben schenken will, ließe seine Institutionenpolitik bestenfalls auf eine *Entpolitisierung* des Sozialismus hinaus, die dessen Umsetzung in eine abstrakte und sehr ferne Zukunft aufschiebt. Wenngleich auch die neben dem Sozialismus anderen leitenden Ziele, wie der Schutz von Minderheiten oder die Bildung der Bürgerinnen und Bürger – in Thompsons Worten *protective* und *educative goal* –, die von Mill in konkrete Aufgaben für die einzelnen politischen Institutionen übersetzt werden, nicht per se undemokratisch sind, weisen die institutionellen Entwürfe in eine andere Richtung, zumal Mill ihnen einen zentralen Stellenwert dabei zuweist.

Während einige institutionelle Vorkehrungen die Partizipation der »unteren Klassen« zur Verhinderung einer Regierungsmehrheit dieser Klassen substanziell einschränken, wie es etwa an seinen Überlegungen zur Beschränkung des Wahlrechts oder der Ablehnung von Abgeordnetendiäten deutlich wird, zielen andere Institutionen auf die Verhinderung der Gleichheit in der Partizipation ab, indem sie deren Effektivität selektiv einschränken. Das Pluralwahlrecht zugunsten der gebildeten bürgerlichen Klassen und die proportionale Wahl stellen die Gleichheit der Partizipation gerade dadurch infrage, dass sie die Effektivität derselben durch die arbeitenden Klassen teils massiv einschränken. Ihnen werden in diesem Sinne weniger Stimmen bei Parlamentswahlen zugestanden, ihre Abgeordneten werden zugunsten berühmter Persönlichkeiten benachteiligt. Vor dem Hintergrund, dass die politischen Einflussmöglichkeiten der »unteren Klassen« auf nationaler Ebene auf die Unterhauswahl beschränkt sind, ist es umso gravierender, dass Mill ihre Einbeziehung auf das Anhören ihrer Klagen beschränkt, und ebenso die Kompetenzen des Unterhauses im Hinblick auf die Verfassung von Gesetzen und die Kontrolle der Regierung durch übergeordnete zweite Kammern einschränken will. Seiner Vorstellung nach sollten die »unteren Klassen« sowohl in den Parteien als auch im Parlament besser gebildete Vertreter auswählen und sich deren Auffassungen fügen. Bildung hat wie bei Tocqueville auch eine disziplinierende Wirkung, da die Vorstellungen vom Allgemeinwohl durch die gebildeten Vertreter der bürgerlichen Klassen vorgelebt und gelehrt werden, ob durch die Öffentlichkeit der Wahlen selbst oder den Vorbildcharakter von Parlamentsdebatten. Wenn Mill auf

eine breite Partizipation wert legt, wie bei lokalen Institutionen, dann geht es ihm um das Lernen verantwortungsvoller Beteiligung und nicht um die Effektivität, da die Entscheidungen von nationaler Bedeutung ohnehin im Zentrum getroffen werden. Die Institutionenpolitik von Mill offenbart also, dass er für seine Zeit nur eine minimale Hoffnung auf die Erziehbarkeit der »Massen« im bürgerlichen Sinne hegte. Sein durch die Entwürfe politischer Institutionen maßgeblich geprägtes Demokratieverständnis bezeugt damit, dass die Etablierung der liberalen Demokratie in der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts für deren führenden Theoretiker nur mit großen Abstrichen zu verwirklichen war. Während Mill in seinen Schriften trotzdem an der Vision einer durch Bildungsanstrengungen zu vollziehenden Verbürgerlichung der »unteren Klassen« festhielt, zeichnet Max Weber ein halbes Jahrhundert später angesichts der »Massenmobilisierung« der Arbeiterbewegung und der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts ein anderes Bild.